

Norman Paech : Rojava oder der Weg zu Selbstbestimmung und Demokratie.

"Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht", hat Karl Marx 1867 im ersten Band seines epochemachenden Werkes „Das Kapital“ geschrieben. Setzen wir für „Gewalt“ „Krieg“ und schauen auf den Mittleren Osten, so erleben wir, wie aus den Trümmern zweier Staaten, Irak und Syrien, an ihrer Peripherie zwei Gesellschaften sich neu organisieren: im Norden des Irak die kurdischen Autonomiegebiete und im Nordosten Syriens Rojava. Beides sind alte kurdische Siedlungsgebiete, denen zwei furchtbare Kriege erstmals die Möglichkeit eröffneten, sich aus ihrer oft gewalttätigen Abhängigkeit und Fremdbestimmung zu befreien und selbstgewählte Formen der gesellschaftlichen Organisation zu erproben.

Die Kurden sind eines der großen Völker dieser Welt, die nie einen eigenen Staat aufgebaut haben. Nach der Auflösung des osmanischen Reiches und der kolonialen Neuordnung des Nahen Ostens wurden sie in vier separate Staaten aufgeteilt: Türkei, Iran, Irak, Syrien. Die ihnen im Vertrag von Sèvres 1920 in Aussicht gestellte Unabhängigkeit wurde schon drei Jahre später im Vertrag von Lausanne wieder rückgängig gemacht, und Kemal Atatürk hat sich nie an sein Versprechen gehalten. Seitdem können wir von der „kurdischen Frage“ sprechen, die in den vier Staaten allerdings sehr unterschiedlich behandelt wurde – doch die Gewalt spielte immer eine dominante Rolle.

In Syrien bekamen die Kurden nie die vollen Rechte, sie wurden aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen, drangsaliert, die kurdischen Ortsnamen verändert. Nach einer Volkszählung im Jahre 1962 wurden 120000 Kurden zu Flüchtlingen deklariert und ihre Staatsbürgerschaft aberkannt. Zwar gewährte Hafiz al-Assad der PKK nach dem Militärputsch 1980 in der Türkei Zuflucht aber die Baath-Regierung konnte sich nie dazu entschließen, die Kurdinnen und Kurden als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger zu akzeptieren. Die Situation änderte sich schlagartig, als die arabische Revolution auf Syrien übergriff und mit der Unterstützung vom Ausland sich zu einem Bürgerkrieg ausweitete. Bashar al-Assad begriff sofort, dass er die Kurden, die ihre Opposition zum Baath-Regime nicht in den bewaffneten Kampf der Free Syrian Army (FSA) einbringen wollten, aus der Front der militärischen Gegner heraushalten musste. Noch im Sommer 2011 forderte er sie auf, für ihre Sicherheit selbst zu sorgen und bot ihnen die Staatsbürgerschaft an. In den folgenden Monaten zog er seine Soldaten aus den kurdischen Enklaven Jazira, Kobane and Kurd Dagh (Afrin) zurück und überlies ihnen die Initiative für den Aufbau einer eigenen Verwaltung.

Schon im November 2013 verkündete die Democratic Peoples Party (PYD) eine Übergangsregierung von Rojava, welches die drei Enklaven umfasst und von Kurden, Armeniern, Assyrern Yesiden, Turkomanen und Arabern bewohnt wird. Jede der drei Gebiete bildete ihre eigene Versammlung und entsandte ihre Repräsentanten – insgesamt 61 mit einer Beteiligung von Frauen von 40 % - in die Übergangsregierung. Sie bereiteten eine Verfassung für Rojava vor und erklärten Ende Januar 2014 ihren Autonomiestatus innerhalb Syriens. Sie konnten dabei auf Vorstellungen und Modelle zurückgreifen, die bereits seit Jahren in der kurdischen Gesellschaft in allen Ländern diskutiert werden.

So wurde 2006 vom Koma Komalên Kurdistan (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans) die „Deklaration zur demokratischen Lösung der kurdischen Frage“ und 2011 vom Kongress für eine demokratische Gesellschaft (DTK) die „Vorlage eines Modellentwurfs für ein Demokratisches Autonomes Kurdistan“ veröffentlicht. Auf ihnen fußt auch das Lösungsmodell der „demokratischen Autonomie“, welches Abdullah Öcalan der Regierung Erdogan für ernsthafte Verhandlungen unterbreitet hat. Sie stimmen in ihren Grundzügen und

Zielsetzungen überein: Anerkennung der kurdischen und aller anderen ethnischen Identitäten, Gleichberechtigung der kurdischen Sprache und Kultur in allen gesellschaftlichen Bereichen, Anerkennung freier politischer Betätigung und Organisation, Selbstverwaltung und eigenständige ökonomische Entwicklung. Dies alles soll innerhalb der bestehenden Grenzen Syriens erfolgen, eine Sezession, die Gründung eines selbständigen Kurdistan wird abgelehnt. Das autonome Rojava soll sich auch in Zukunft politisch, ökonomisch, sozial und kulturell in den syrischen Staatsverband integrieren. Es soll ihn verändern, demokratisieren aber nicht sprengen.

Es gibt kein feststehendes oder irgendwie bevorzugtes Modell von Autonomie. Doch alle Varianten beinhalten ein gewisses Maß an Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vom zentralen und nationalen Einfluss der Regierung. Von ihnen sind allerdings in der Regel gewisse Kompetenzen ausgenommen, die zu den souveränen Vorrechten der zentralen Regierung gehören wie Währungs- und Finanzfragen, die Verteidigungs- und Außenpolitik. Aber auch hier gibt es funktionierende und die Souveränität der Regierung nicht beeinträchtigende Regelungen: so z.B. dort, wo beide Teile eines durch eine Staatsgrenze getrennten Volkes separate (außen)politische Beziehungen zueinander eingerichtet haben. Als Beispiel können die Azeris dienen, die z.Zt. der Sowjetunion in der Republik Aserbaidschan und im Norden des Irans eigenständige politische Beziehungen zueinander unterhielten.

Jede Autonomieregelung hat zweifellos ein bestimmtes Maß an Dezentralisation zur Folge, und wird deshalb von stark zentralistisch organisierten Staaten, wie z.B. Frankreich (Korsika) oder der Türkei, abgelehnt oder nur mit äußerstem Misstrauen betrachtet. Es besteht die Befürchtung, dass alle Formen der Autonomie letztlich zur Desintegration des Staates und zur Separation und Sezession führen. Auf jeden Fall ist die Empfindlichkeit gegenüber Autonomieregelungen nicht nur in Europa, sondern weltweit immer noch sehr stark und hat vor allem die Politik aller türkischen Regierung bis heute bestimmt. Doch ist dies keine zwangsläufige Folge, die durch eine kluge Politik der Achtung der Selbstbestimmung vermieden werden kann.

In letzter Zeit haben sich kurdische Selbstverteidigungsmilizen immer wieder gegen Angriffe der bewaffneten Rebellengruppen wie "Islamic State of Iraq and Sham" (ISIS) oder FSA aber auch von Regierungstruppen zur Wehr setzen müssen. Der Aufbau einer eigenen Verwaltung und eigener Institutionen wird umso schwerer sein, je länger und heftiger dieser Bürgerkrieg das Land beherrscht. Sollte es den Kurdinnen und Kurden aber gelingen, ähnlich wie im Norden Iraks ein selbstverwaltetes autonomes Rojava aufzubauen und zu entwickeln, so wäre das ein bedeutender Schritt in der Befriedung und Demokratisierung der gesamten Region. Die Instabilität dieser Region vom Schwarzen bis zum Roten Meer rührt im Wesentlichen von der Unterdrückung großer Völker und Minderheiten, von dem Mangel an Demokratie und gleichberechtigter Teilhabe. Es bleibt allerdings der bittere Geschmack, dass der Weg zu Selbstbestimmung und Demokratie erst durch furchtbare Kriege geöffnet wurde.